

Ich fasse zusammen: In der Folge des Wandels von Arbeitsmarkt und Sozialordnung empfinden sich vor allen Dingen die gefährdeten Jugendlichen als eine ausgesperrte Generation. Sie fühlen sich als eine Jugend im Wartestand, die sich nicht mehr gebraucht fühlt und die auf später getröstet wird. Manche Jugendliche machen deswegen mit aller Gewalt auf sich aufmerksam. Andere empfinden sich als leergebrannt, erschöpft, ausgehöhlt und nur noch funktionierend. Es gibt andererseits eine Reihe von Jugendlichen, die ganz neu nach dem Sinn für sich selber suchen, für den es sich zu leben lohnt. Sie suchen nach echten Menschen, deren Reden durch das Leben gedeckt ist. Sie erwarten Politiker, bei denen sie spüren, daß sie die Jugend für die Zukunft brauchen und nicht nur für die Rente. Sie fragen Repräsentanten der Wirtschaft, warum wirtschaftliche Erträge nicht viel stärker zur Förderung des Arbeitsmarktes in Deutschland eingesetzt werden. Insgesamt fragen sie nach Gott und der Welt. Sie fragen nach einem Halt außerhalb von sich selbst, und sie sehnen sich nach einer Barmherzigkeit, die auch ihre Fehler verzeiht und verkehrte Wege korrigiert. Sie suchen nach Ehrfurcht vor dem Leben, Respekt voreinander und Verständnis im Konflikt. Vielleicht mischen sich auf diese Weise ganz neue Fragen unter uns ein.

Es ist Fastenzeit. Jesus sagte einmal: „Manche Probleme sind nur zu bewältigen durch Beten und Fasten. Fasten beeinflußt unseren Lebensstil.“ Ich könnte mir vorstellen, daß Fasten bei der Bewältigung des Wandels der Arbeitsmarkt- und Sozialordnung für Jugendliche hilfreich sein kann. Ich möchte Sie als Bundestagsabgeordnete und als Gäste zumindestens zu einer Fastenaktion einladen. Ich möchte jeden Interessierten dazu auffordern, das vorn ausgelegte Material anzuschauen.

Ich denke, daß dieses Fasten dazu beitragen kann, wahrzunehmen, wo Jugendliche heute Seismographen für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung sind. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Vielen Dank, Herr Bretschneider. Wir nehmen natürlich Ihr Angebot an und schauen uns das Material an. Ob wir nun unbedingt fasten, weiß ich nicht. Herr Dr. Schnabel, ich erteile Ihnen jetzt das Wort.

Dr. Kai Schnabel: Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich mache es angesichts der Zeit hoffentlich kürzer als geplant. Da Sie ein Manuskript meines Vortragstextes haben, können Sie die eine oder andere Passage, die ich jetzt galant überspringen werde, in Ruhe nachlesen (Hinweis: Manuskript, Tabellen und Abbildungen in Anlage 3).

Kurz zu meiner Person. Ich bin wissenschaftlicher Mitarbeiter im Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. Ich bin dort Forschungs Koordinator in einem Schulleistungsforschungsprojekt mit dem Titel „Bildungsverläufe und psychosoziale Entwicklung im Jugendalter“, das in den alten und den neuen Bundesländern stattfindet. Aus dieser Studie werde ich Ergebnisse referieren.

Das Thema meines Vortrages lautet: „Folgen des Wandels von Arbeitsmarkt und Sozialordnung – insbesondere für Jugendliche“. Man kann sich der tonenschweren Last dieses Themas nur dadurch einigermaßen galant entledigen, indem man sich auf einen Teilaspekt beschränkt. Gegenstand meiner Ausführungen soll das Gesellschaftsbild von Jugendlichen und die Auswirkungen von Einmündungsschwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt in Ost und West sein. Das ist eine entscheidende Einschränkung, die die ganze Dramaturgie meines Vortrages bestimmen wird. Mir geht es zudem darum, daß wir einen Blick auch dafür haben, wie es in den alten Bundesländern aussieht. Ich möchte vermeiden, daß man Veränderungen zu stark auf die spezifische Situation in den neuen Bundesländern bezieht, die in Wirklichkeit gesamtdeutsche Effekte sind. Sie werden das in den Ausführungen an der einen oder anderen Stelle merken.

Die von mir eingegangene Begrenzung auf das Gesellschaftsbild bei Jugendlichen und die Veränderung im Gesellschaftsbild bei Jugendlichen hat drei Gründe:

1. Eine gewisse Vorsicht meinerseits, als Psychologe nicht der Versuchung zu erliegen, über gesetzliche Rahmenbedingungen, ökonomische Entwicklungen und Krisen oder über ordnungspolitische Notwendigkeiten wertenden Stellungnahmen abzugeben, ohne die hierfür notwendige Fachkompetenz zu besitzen.
2. Der zweite Grund bezieht sich auf den Begriff „Folgen“, der im Titel anklängt. Der Begriff Folgen wird in der politischen Debatte und natürlich auch in der Medienöffentlichkeit sehr oft im Sinne unmittelbarer Konsequenzen politischen Handelns verstanden. Längerfristige, schleichend sich vollziehende Veränderungen geraten dabei schnell aus dem öffentlichen Blick.
3. Der dritte Grund meiner Zurückhaltung hängt mit der Studie zusammen, aus der ich hier referieren möchte.

Wenn man sich die Überschrift für den heutigen Nachmittag vergegenwärtigt, „Die Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Lebenswirklichkeit in den neuen Bundesländern“, so schwingt für mich ein „im Vergleich zu früher“ mit. Doch auf welches „früher“ soll man die Lebenslage heutiger Jugendlicher in den neuen Bundesländern eigentlich beziehen? Ich verstehe die Gesamtdramaturgie dieser Anhörung so, daß es um die spezifische Situation in den neuen Bundesländern geht, und da liegt für die Jugendforschung der Vergleich zu den alten Bundesländern näher als der vergleichende Rückblick. Genau diese Perspektive eröffnet unser Forschungsprojekt. Die Jugendlichen, die wir untersuchen, waren zu Zeiten der Wende gerade einmal 12 Jahre alt, so daß also der Blick zurück durch die Jugendlichen wissenschaftlich nicht so bedeutsam sein kann.

Im Laufe meines Vortrages werde ich mich auf die Abbildungen beziehen, die Sie am Ende des Ihnen ausgehändigten Manuskriptes vorfinden. Ich kann es Ihnen nicht ersparen, die eine oder andere Abbildung meines Manuskriptes an-

zuschauen, da kein Overheadprojektor vorhanden ist. Ich werde Ihnen die entsprechenden Seiten der jeweiligen Abbildungen meines Manuskriptes angeben.

Auf die folgenden Fragestellungen will ich kurz eingehen:

1. Welche Unterschiede im Verständnis unserer Gesellschaft und Politik bestehen zwischen Jugendlichen in Ost und West unabhängig von ihrer individuellen Lebenssituation?
2. Wie verändert sich das politische Weltbild von Jugendlichen, die eine Statuspassage Schule-Beruf durchlaufen? Also diejenigen Schülerinnen und Schüler, die am Ende in unserem Fall der Jahrgangsstufe 10, einen Ausbildungsplatz suchen?
3. Gibt es spezifische Auswirkungen für Jugendliche, die besondere Schwierigkeiten beim Finden eines Ausbildungsplatzes hatten?

Hierbei beziehen wir uns auf die Gruppe in unserer Stichprobe, die tatsächlich, wie auch Herr Bretschneider schon andeutete, in die außerbetriebliche Ausbildung eingemündet sind, d. h. Jugendliche, die die Härte des Arbeitsmarktes oder des Ausbildungs- und Lehrstellenmarktes voll zu spüren bekommen haben. Daß es sich eher um eine besondere Gruppe handelt, können Sie dem Manuskript genauer entnehmen. Nur als Beispiel: In dieser Gruppe wurden im Durchschnitt 15 Bewerbungen geschrieben, während im Gesamtdurchschnitt lediglich 8 Bewerbungen geschrieben wurden.

Meine Ausführungen beziehen sich überwiegend auf Befunde aus einer Stichprobe, die 1993 in der 10. Klasse befragt wurde und für die bereits Daten aus einer Nachbefragung 1995 vorliegen. Der Schwerpunkt dieser Studien liegt auf den Problemen der Berufseinstimmung und der politischen Sozialisation Jugendlicher. Das Pfund, mit dem ich hier wuchern kann, ist der Umstand, daß wir von den Jugendlichen wissen, welche Probleme sie bei der Berufseinstimmung hatten. Desweiteren haben wir tatsächlich einen echten Längsschnitt, d. h. wir haben Veränderungsdaten über die Zeit und zwar bezogen auf immer exakt dieselbe Befragungsstichprobe.

An einer Stelle werde ich Referenzdaten aus der Hauptstudie und der einer weiteren Studie referieren, ich sage das nur, damit Sie sich nicht wundern, daß dort andere Jahreszahlen stehen. Wir haben bereits 1992 parallel eine Studie durchgeführt. Diese haben wir direkt nach der Umstellung der Schulsysteme in den meisten neuen Bundesländern durchgeführt.

Zu erwähnen ist, daß diese Studie in vier Bundesländern stattfindet: in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen-Anhalt, in Nordrhein-Westfalen und in Berlin, und daß die gezogenen Stichproben landesrepräsentativ für ein Geburtsjahrgang sind. Ich gehe jetzt der Einfachheit halber davon aus, daß Nordrhein-Westfalen für die westlichen Bundesländer in etwa repräsentativ ist und Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt für die neuen Bundesländer.

Sehen Sie mir bitte nach, daß dieses Vorgehen vielleicht an der einen oder anderen Stelle nicht ganz zutrifft.

Diese zwei Vergleichsgruppen werden wieder in zwei Untergruppen aufgeteilt: In diejenigen Jugendlichen, die nach der 10. Klasse in die gymnasiale Oberstufe oder an ein Fachgymnasium gewechselt sind, und in diejenigen, die tatsächlich am Ausbildungsmarkt nach einer Lehrstelle oder einem Ausbildungsplatz nachgefragt haben.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Herr Dr. Schnabel, darf ich Sie daran erinnern, daß Sie noch eine Minute zur Verfügung haben. Ansonsten verbleibt keine Zeit mehr zur Diskussion.

Dr. Kai Schnabel: Ich möchte darauf hinweisen, daß ich erst 16.03 Uhr mit meinem Vortrag begonnen habe. Also ich überspringe alle weiteren Ausführungen und komme direkt zu den Ergebnissen. Wenn Sie dazu bitte Abb. 2 (Anlage) mit dem Titel „Wie stark interessieren sich Jugendliche für Politik?“ aufschlagen würden. Dieser Abbildung können Sie entnehmen, daß es in West und Ost, auch in Abhängigkeit von der Lebenslage der Jugendlichen, keine Unterschiede gibt. Das Interesse für Jugendliche ist, ich sage es jetzt einmal salopp, mittelmäßig und es verändert sich auch über die Zeit nicht. Die zwei Jahre Abstand haben in dieser Hinsicht wenig bewirkt. In Tab. 2 sehen Sie fünf Gruppen. Wir haben Gymnasiasten aus Ost und West, Ausbildung Ost und West und die Gruppe außerbetrieblich ausgebildeter Jugendlicher im Osten. Im Osten sind in der letztgenannten Gruppe knapp 20 Jugendliche, in Nordrhein-Westfalen waren es lediglich zwei.

Wenn Sie jetzt bitte die Abb. 3 (Anlage) betrachten würden. Wir haben nach einer allgemeinen Einschätzung der Lage in der Bundesrepublik gefragt. Ich fange bei den Auszubildenden in den neuen Bundesländern an. Hier erkennen Sie überwiegende Stabilität. Insgesamt ist die Meinung von der Politik relativ gut. Sie sehen einen erstaunlichen Anstieg bei der Zufriedenheit bezüglich der Demokratie. Liegt es nun daran, daß die Jugendlichen besondere betriebliche Mitbestimmung erfahren? Offensichtlich nicht: Wenn Sie auf die Abb. 4 (Anlage) schauen, sehen Sie die gleiche Darstellung für die Gymnasiasten in den neuen Bundesländern. Das Ergebnis unterscheidet sich statistisch nicht. Ich hätte Ihnen jetzt die Daten für die neuen Bundesländer präsentieren können, es ist exakt das gleiche Bild.

Vieles spricht dafür, daß wir hier ein reines Entwicklungsphänomen abgebildet sehen, das mit dem Erreichen des Wahlalters zu tun hat. Bei der Erstbefragung waren die Jugendlichen im Schnitt 16 Jahre alt, zum zweiten Zeitpunkt mehrheitlich über 18 Jahre. Wir wissen aus anderen Jugendstudien, daß sich mit dem Erreichen des Wahlalters psychologisch eine ganze Menge im politischen Weltbild von Jugendlichen verändert, weil sie sich selbst mit 18 Jahren als vollwertige politische Bürger eines Landes wahrnehmen. Etwas anders sieht es für die Gruppe der Jugendlichen in den außerbetrieblichen Maßnahmen aus (Abb. 5). Hier sehen Sie, daß die Zufriedenheit mit der Demokratie auf absolut

unterstem Niveau geblieben ist. Hier stellt sich also die Frage: Sind das Folgen von sozialer Deprivation? Wenn Sie die Abb. 6 bitte betrachten würden. Wir haben allen Jugendlichen auch die fast identisch formulierte Frage zu ihrem Verhältnis zur ehemaligen DDR gestellt. Die Abbildung verdeutlicht, daß insbesondere die Jugendlichen aus den außerbetrieblichen Maßnahmen die DDR zunehmend positiver sehen. Die Veränderungen von 1993 nach 1995 zeigen einen deutlichen Zuwachs, der auch statistisch nachzuweisen ist. Die sozial deprivierten Jugendlichen neigen also stärker als andere Jugendliche zur „DDR-Nostalgie“, die für diese Jugendlichen – nach meinem Dafürhalten – überhaupt keinen wirklichen Erfahrungshintergrund haben kann, wenn man sich vor Augen hält, daß diese Jugendlichen zu Zeiten der Wende 12 Jahre alt waren.

Interessanterweise ist die sogenannte DDR-Nostalgie auch bei den Gymnasiasten ausgeprägter als bei den Auszubildenden. Hier deuten sich zwei unterschiedliche Arten der „posthumen“ DDR-Aufwertung an. Eine, die durch persönliche Problemlagen und soziale Bedrohung begründet ist („Deprivationsmotiv“) und eine eher intellektuelle Höherbewertung, wenn man dieses hochgegriffene Wort für Schüler der 12. Klasse einmal akzeptiert, den man vielleicht als „Salonsozialismus“ bezeichnen könnte.

Doch was liegt hinter solchen allgemeinen Äußerungen über Politik? Man möchte schließlich nicht nur wissen, welche Partei Jugendliche wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, sondern auch, welche Motive und Wertvorstellungen dahinterstehen. Um dieser Frage nachzugehen, haben wir die Jugendlichen danach gefragt, wovon es ihrer Meinung nach abhängt, ob man in einer Gesellschaft wie der unsrigen Erfolg hat und sozial aufsteigt. Der zentrale Befund gibt Abb. 7 wieder. Diese Abbildung sollte uns doch zu Denken geben, denn Sie sehen, hier wurde danach gefragt: „Wovon hängt es Deiner Meinung nach ab, ob jemand Erfolg hat und sozial aufsteigt?“ Dahinter liegt also die Frage, welches Verständnis Jugendliche heutzutage über die soziale Dynamik unseres Landes haben? Sie sehen, daß die sogenannten meritokratischen Prinzipien deutlich höher bewertet werden (wie Anstrengung, Begabung, Fachkenntnisse, Dynamik, Initiative), während Geld und Vermögen, Rücksichtslosigkeit etc. als eher unwichtig erachtet werden. Es ist deutlich zu erkennen, daß sich hier eine Schere in den vergangenen 5 Jahren aufgetan hat. Sie werden heute Jugendliche weit zurückhaltender in dem Glauben daran finden, daß meritokratische Aufstiegsprinzipien unserer Gesellschaft tatsächlich relevant sind. Und das ist die zentrale Botschaft: Wir finden diesen Effekt, diesen Rückgang in dem Glauben an meritokratischen Prinzipien in exakt dem gleichen Maße bei Jugendlichen in den alten und neuen Bundesländern. Es ist also sehr schwierig, wenn man jetzt dieses veränderte Weltbild auf die spezifischen Situationen in den neuen Bundesländern zurückführen wollte. Genauere Analysen zeigen, daß sich „Ossis“ und „Wessis“ unter den Jugendlichen in einer ganz anderen Hinsicht unterscheiden. Die ostdeutschen Jugendlichen glauben weit stärker an die zusätzliche Wirksamkeit illegitimer Aufstiegsmöglichkeiten wie „gute“ Beziehungen und Rücksichtslosigkeit. Sie un-

terscheiden sich nicht von den westdeutschen Jugendlichen hinsichtlich der Frage, ob man durch Eigeninitiative Karriere machen kann, sondern sie sehen viel stärker noch eine Hintertür. Ich möchte damit in keinsten Weise irgendeine Aussage über die Realität machen – es sind alles soziale Konstruktionen in den Köpfen der Jugendlichen.

Ich komme jetzt zu meinem Fazit: Es erscheint ratsam, Aussagen über die Lebenslage Jugendlicher in Ostdeutschland vor allem im Vergleich mit der westdeutschen Vergleichsgruppe zu diskutieren.

Die Arbeitsmarktsituation ist in den alten Bundesländern zwar etwas entspannter, aber insgesamt auch kritisch zu sehen. Wir finden auch in den alten Bundesländern viele Jugendliche in außerbetrieblichen Maßnahmen. Ein letzter Punkt, auf den ich hinweisen möchte, besteht darin, daß wir in unserer Studie zeigen können, daß das Einmünden in außerbetriebliche Maßnahmen einen sehr deutlich positiven sozialisatorischen Effekt auf diese Jugendlichen ausübt. Man darf dabei nicht vergessen, daß die Jugendlichen nicht nur einfache „objektive Verlierer“ sind, die am Arbeitsmarkt scheitern, sondern es handelt sich um Jugendliche, die auch ganz spezifische Defizite aufweisen, insbesondere in ihren Arbeitshaltungen und ihrer Anstrengungsbereitschaft. Man betont das heute so ungern, weil es nicht modern ist, aber die Pflicht- und Akzeptanzwerte (wie allein schon frühes Aufstehen) stellen für diese Jugendlichen ein ganz großes Problem dar. Wir können deutlich zeigen, daß diese außerbetrieblichen Maßnahmen, die so oft als „Warteschleifen“ oder als „Maßnahmeinstrumente“ verteufelt werden, ganz wichtige Nachsozialisierungsleistungen in unserer Gesellschaft erbringen. Solange es keine Alternativen auf dem freien Arbeitsmarkt oder im erweiterten Fachschulwesen gibt, sollte man diese Form der Integration nicht unbillig kritisieren. Vielen Dank.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Ich danke Ihnen. Es tut mir leid, daß wir Ihren Vortrag zeitlich gesehen so stark einschränken mußten.

Ich habe den Vorsitzenden gefragt, wir haben die Genehmigung, die Diskussionsrunde bis 16.45 Uhr zu führen. Im Anschluß daran ist dann eine viertel Stunde Pause angesetzt, so daß es um 17.00 Uhr weitergeht. Herr Kowalczuk hat sich zuerst zu Wort gemeldet.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Herr Schnabel hat den kürzesten Vortrag gehalten, den wir hier in den letzten zwei Tagen gehört haben, und ich finde es ihm gegenüber etwas unfair, daß er dafür, daß andere die Zeit doch erheblich überzogen haben, büßen mußte. Deswegen richtet sich auch gleich meine erste Frage an Herrn Schnabel, damit er noch einmal ausführlich zu Wort kommt. Sie haben gleich am Anfang Ihre dritte Einschränkung, die auch das ganze Projekt betrifft, genannt. Sie sagten, daß es um die spezifische Situation in den neuen Bundesländern geht, und hierbei für die Jugendforschung der Vergleich zu den alten Bundesländern näher liegt als der vergleichende Rückblick. Schließlich handelt es sich um Jugendliche, die 12 Jahre alt waren, als die Wende kam. Nun bin ich Historiker und interessiere mich in der Regel eher